

Antrag

der **Fraktion DIE LINKE.**

Thema: **Bahnverkehr ist und bleibt öffentliche Daseinsvorsorge: Einheit von Netz und Betrieb der Deutschen Bahn erhalten. Privatisierung verhindern!**

Der Landtag möge beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln und Möglichkeiten sowohl gegenüber der Bundesregierung als auch selbst im Bundesrat mit dem erforderlichen Nachdruck auf den Erhalt der Einheit von Schienennetz und Betrieb bei der Deutschen Bahn AG in öffentlicher Hand unter einem einheitlichen Dach und die dabei längst überfällige Umwandlung der Deutschen Bahn AG in eine Anstalt öffentlichen Rechts mit gemeinwohlorientierter Satzung hinzuwirken (öffentliche Mobilität in öffentlicher Hand – integrierte öffentliche Bürgerbahn) sowie jedweden Versuchen der Zerschlagung und Privatisierung der Deutschen Bahn wirksam entgegen zu treten und für den Freistaat Sachsen die Zustimmung zu verweigern.

Dresden, 26.11.2021

- b.w. -



Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

Begründung:

Ausweilich der bundesweiten öffentlichen Medienberichterstattung vom 5. November 2021 verfolgen „in den Koalitionsgesprächen der Ampel-Parteien [...] Grüne und FDP einem ‚Spiegel‘-Bericht zufolge den gemeinsamen Plan für eine grundlegende Neuaufstellung der Deutschen Bahn. [...] Diskutiert worden seien zwei Modelle, die auf eine Zerschlagung der Bahn in ihrer bisherigen Form hinausliefen: Der Bereich DB Netze, der die Schieneninfrastruktur, die Bahnhöfe und die Energieversorgung unterhält, solle vom Betrieb der Züge getrennt werden.“ (siehe: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/bahn-monopolkommission-zerschlagung-100.html>)

Nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE ist und bleibt der Schienenpersonenverkehr eine Aufgabe der Daseinsvorsorge des Staates, die daher ausschließlich in die öffentliche Hand gehört. Aus diesem Grunde ist es in Anbetracht der o. g. Planungen von FDP und Grünen auf der Bundesebene dringend erforderlich, nicht nur alle Versuche einer Zerschlagung der Deutschen Bahn als dem größten Mobilitätsdienstleister in der Bundesrepublik Deutschland entgegen zu treten, sondern endlich auch die längst überfällige und notwendige Vergesellschaftung der Deutschen Bahn durch deren Umgestaltung in eine Anstalt des öffentlichen Rechts, als eine nicht profitorientierte und dem Gemeinwohl verpflichtete, integrierte öffentliche Bürgerbahn auf den Weg zu bringen.

Wohin mehr Wettbewerb und Privatisierung bei der Bahn führen, ist durch die Praxis längst belegt: Ticket-Chaos, keine gut abgestimmten Fahrpläne, schlechtere Arbeitsbedingungen und dadurch mehr Zugausfälle und Verspätungen. In Sachsen haben wir mit der Insolvenz von „Abellio“ die Folgen des Wettbewerbs auf der Schiene bereits deutlich zu spüren bekommen. Von einem Tag auf den anderen drohte tausenden Menschen in Sachsen der Verlust ihres Bahnanschlusses. In Anbetracht dieser weitreichenden Zerschlagungs- und Privatisierungspläne stehen allein in Sachsen nicht nur Lohneinbußen für die mehr 14.000 Beschäftigten der Deutschen Bahn auf dem Spiel, sondern auch deren Arbeitsplätze. Anstatt eines Ausverkaufes der gewinnträchtigsten Tochtergesellschaften wie DB Netze oder DB Schenker an Großinvestoren, braucht es nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE genau das Gegenteil: Öffentliche Mobilität gehört in öffentliche Hand mit einer bedarfsgerechten Steuerung. Eine solch integrierte Bürgerbahn soll als Alternative zum motorisierten Individualverkehr bundesweit flächendeckend und gut vernetzt mit dem ÖPNV das Rückgrat der dringend erforderlichen Verkehrswende bilden.

Eine weitere Privatisierung der Deutschen Bahn, die nicht zuletzt auch zu höheren Beförderungspreisen, Qualitätsabbau und Lohneinschränkungen führt, darf nicht zugelassen werden.